

VW-Affäre Ex-Manager Schmidt droht lange Haft

Für den in den USA inhaftierten Ex-Volkswagen-Manager Oliver Schmidt gibt es kaum Hoffnung auf ein mildes Urteil. Nächsten Mittwoch setzt ein Bezirksgericht in Detroit das Strafmaß fest. Prozessbeobachter rechnen mit einer Haftstrafe von mindestens vier Jahren zuzüglich einer Geldstrafe. Der zuständige Richter Sean Cox hat im Sommer bereits den früheren VW-Ingenieur James Liang zu mehr als drei Jahren Haft plus 200 000 Dollar Geldstrafe verurteilt – und damit sogar die Forderung der Staatsanwaltschaft übertroffen. Schmidt droht ein noch härteres Urteil: Anders als sein Ex-

Kollege Liang hat er die Aufklärung der VW-Affäre nicht wesentlich vorangetrieben. Schmidts Aussagen gegenüber US-Ermittlern gingen nach Einschätzung von Juristen kaum über bereits Bekanntes hinaus. Schmidt war früher für den Kontakt zu den US-Umweltbehörden zuständig. Ihm wird vorgeworfen, den Einsatz einer illegalen Schummelsoftware in Dieselfahrzeugen verschwiegen und die Behörden falsch informiert zu haben. Schmidt ist geständig. Im Fall einer Haftstrafe



Schmidt

bleibt ihm nur die Hoffnung, dass er später in ein deutsches Gefängnis überstellt wird. Hier könnte er bei guter Führung früher entlassen werden als in den USA, wo härtere Regeln gelten. sh

Verkehr Störanfällige Elektrobusse

Die in deutschen Städten eingesetzten Stadtbusse mit Elektroantrieb sind besonders störanfällig. Probleme bereiten dabei weniger die Elektromotoren. Vielmehr leiden manche Steuersysteme unter Stromschwankungen im Fahrbetrieb. Betroffen sind etwa Türen, die bei einer Spannungsspitze ausfallen können. „Oft entstehen Störungen im Zusammenspiel der einzelnen Komponenten“, sagt Martin Schmitz vom Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV), der den Testbetrieb der

91 Elektrobusse in Deutschland analysiert. Bei Kälte geht zudem die Reichweite deutlich zurück. Im Bundesverkehrsministerium ist man besorgt über die Erfahrungen, die mit den Fahrzeugen im Linienbetrieb gemacht werden. In Bonn soll die Hälfte der Busse nicht verfügbar, sondern in der Werkstatt sein, heißt es aus der Bundesregierung. Für sie sind Elektrobusse Teil einer Strategie, um Dieselfahrverbote wegen überhöhter Schadstoffkonzentration zu verhindern. Auf dem Dieseltipp hatte Bundeskanzlerin Angela Merkel erst am Dienstag eine Milliarde Euro Hilfen für die Kommunen in Aussicht gestellt, ein Teil davon für E-Busse. Bislang stammen die Busse von Herstellern aus Polen oder der Türkei. Anders als bei Autos würden Busse im Linienbetrieb getestet, wo dann die Kinderkrankheiten auffielen, so Schmitz. Die Probleme seien aber nicht grundsätzlicher Art. gt



Elektrobus

Rohstoffe Einfach unverbesserlich

Erneut soll die österreichische Schweighofer-Gruppe in den illegalen Kahlschlag von Rumäniens Wäldern verstrickt sein. Laut einem Bericht der amerikanischen Umweltschutzorganisation EIA soll der Konzern Holz verarbeitet haben, das aus einem Nationalpark in den Ost-Karpaten stammt – und das, obwohl Schweighofer seit Jahren damit wirbt, kein Holz aus solchen Zonen zu beziehen.

Ein Firmensprecher räumte Lieferungen aus dem Nationalpark ein. Zwei Spediteure hätten im August die „Sicherheitsarchitektur unterlaufen“, die Ware von Holzammel-

plätzen aus geliefert und so den Ursprungsort verschleiert. Man habe sie suspendiert.

Der EIA-Bericht kommt für Schweighofer denkbar ungelegen: In den kommenden Wochen stehen Verhandlungen über die Wiederaufnahme beim Nachhaltigkeitsiegel FSC an. Die Waldschützer hatten den österreichischen Holzgiganten (520 Millionen Euro Umsatz) im Februar wegen Regelverstößen aus ihrer Organisation entfernt. EIA-Chef Alexander von Bismarck sieht bei Schweighofer zwar erste Ansätze zur Verbesserung, die letzten Urwälder Rumäniens seien aber weiterhin in Gefahr. „Trotz aller Beteuerungen schafft es die Firma nicht, ihr Holz ordentlich zur spezifischen Einschlagstelle zu verfolgen.“ nkl



Holztransport in Rumänien

Roboter Fast ein Viertel weniger Arbeit

Der Vormarsch der Roboter wird laut einer Studie des McKinsey Global Institute vor allem in der deutschen Arbeitswelt bis 2030 deutliche Folgen zeigen. Fast ein Viertel der Arbeitsstunden, die voraussichtlich dann in Deutschland geleistet werden, könnten durch Automatisierung wegfallen, schätzen die Experten der Unternehmensberatung, ein Anteil von 24 Prozent. Für die USA taxieren sie dieses Potenzial auf 23 Prozent, in China auf 16 und in

Indien auf 9 Prozent. Deutschland sei besonders betroffen, weil die höheren Löhne einen größeren Anreiz böten, Arbeitskraft durch Maschinen zu ersetzen.

Zwischen drei und zwölf Millionen Beschäftigte, also bis zu einem Drittel aller Arbeitskräfte, müssten sich neue Fähigkeiten aneignen oder eine Stelle in einer anderen Branche suchen. Betroffen sind vor allem Berufe wie Sachbearbeiter, aber auch Schlosser oder Köche. Das Arbeitskräftepotenzial wird allerdings wegen des demografischen Wandels bis 2030 voraussichtlich um drei Millionen sinken.aju